»Der Aufbau umweltorientierter Bildungs- und Beratungskompetenzen – am Beispiel einer deutsch – polnisch – ukrainisch – kasachischen Kooperation«

Die Projektpartnerländer - Fortschritte im Zeichen der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise

Die gegenwärtige internationale Finanz- und Wirtschaftskrise hat bei großer Differenziertheit ähnliche Auswirkungen auf die Projektpartnerländer. Diese bestehen v. a. in Form folgender Aspekte, die mittel- und langfristig bei der Konzipierung, Konkretisierung und Realisierung sowohl der umweltorienrierten Bildung (Lehrbuch und Curricula) als auch der Umweltberatung (Umweltberatungszentren, einschließlich webbasierter interaktiver Kommunikationsplattform) zu berücksichtigen sind:[1]

- Abnahme von Kapitalzuflüssen und ausländischen Direktinvestitionen in ausgewählten Bereichen,
- sich abschwächende Lohnzuwächse,
- eingeschränkte Verfügbarkeit von Krediten und Zunahme des öffentlichen und privaten Schuldendienstes,
- Probleme in ausgewählten Bereichen, wie z. B. in der Immobilienwirtschaft,
- zurückgehende Nachfrage nach ausgewählten einheimischen Gütern,
- Tendenz zur Abwertung der jeweiligen Landeswährung sowie inflationäre Tendenzen,
- zunehmender Bedarf nach „maßgeschneiderten“ projektbezogenen Finanzierungsmöglichkeiten unter Beimischung von Fördermitteln.

Diese Berücksichtigung impliziert zum einen den sparsamen/ restriktiven Umgang mit finanziellen Möglichkeiten – und zum anderen die Notwendigkeit einer dringenden Diversifizierung und Entwicklung der jeweiligen Volkswirtschaft unter Nutzung einer stärkeren, strategischen und operativen Zusammenarbeit, v. a. auch mit Deutschland. Die sich dabei ergebenden Herausforderungen und Chancen fokussieren im makro- und mikro-ökonomischen umweltorientierten Kontext[2] insbesondere folgende Bereiche:

[1] Diese monographisch angelegte, kurz charakterisierende und aktuelle Länderstudie vervollständigt die im Rahmen jeden Zwischenberichts erarbeiteten, ebenso angelegten Länderstudien.
[2] Exemplarisch dafür stehen die EE. Sie sind, so sinngemäß Umweltminister Gabriel, ein Zugpferd für Klimaschutz, wirtschaftliche Entwicklung und zukunftssichere Arbeitsplätze auch in Zeiten der Finanz- und

- Forschung & Entwicklung,
- Innovation,
- Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen,
- Auf- und Ausbau von Umweltinfrastruktur und Konzentration auf Umwelt- und Klimaschutz und damit auf den Bereich einer nachhaltigen Energiewirtschaft,
- Auf- und Ausbau von Transportinfrastruktur.

Kasachstan

Als Reaktion auf die Erscheinungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise in Kasachstan erfolgten die:[3]

- Verstaatlichung der beiden größten Banken,
- Abwertung der Landeswährung Tenge,
- Verabschiedung eines Konjunkturprogramms zur Unterstützung der Wirtschaft, v. a. durch zahlreiche steuerliche Vergünstigungen[4] durch die Regierung,
- Auflage eines Aktionsplanes der Regierung für den Zeitraum 2009-10,
- Bildung eines Nationalen Sicherheitsfonds, in dem 10 Mrd. USD zur Verfügung stehen (davon allein 2 Mrd. für den Wohnungsbau, der zu 80 % wie geplant weitergeführt werden soll),
- Einrichtung und Verbesserung des Finanzinstrumentariums zur Umsetzung der Anti-Krisen-Maßnahmen,[5]
- Fortführung der projektierten Großprojekte[6] und Fokussierung von Hochtechnologien zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit bei Produktion und Export,

---

Wirtschaftskrise. 2008 (validierte Daten): ihr Anteil am PEV in Deutschland beträgt 9,7 % (nach der Substitutionsmethode; 7,1 % nach der Wirkungsgradmethode); sie vermeiden rd. 112 Mio. t CO2; sie ermöglichen einen Umsatz in Höhe von 28,7 Mrd. € (13,1 % aus Anlagenerrichtung / 15,5 % aus Anlagenbetrieb); sie beschäftigen rd. 278.000 Personen (11 % mehr Beschäftigte als 2007).
Vgl. BMU Pressedienst Nr. 116/09 Erneuerbare Energien/ Statistik (2009)

[3] Vgl. im Folgenden (soweit in den Fußnoten nicht anders angegeben): Staatsfonds als Sicherheitsnetz (2009) S. 74

[4] Das neue Steuergesetzbuch (2008) beinhaltet v. a. die Absenkung von Unternehmenssteuern und der Mehrwertsteuer sowie die Erleichterung der Genehmigung von Investitionen (so ist z. B. dafür kein Vertrag mehr mit der Staatlichen Investitionsagentur erforderlich). vgl. Sultanow (2009) S. 76-78

[5] So wurde z. B. 2008 die Staatsholding Samruk und der Entwicklungsfonds Kazyna zu einer Holding zusammengeführt. Diese Holding, zu der auch der nationale Investitionsfonds und die Entwicklungsbank gehören, gilt als Hauptoperator der Umsetzung der Hilfsmaßnahmen. vgl. Sultanow (2009) S. 76

[6] Dazu gehören v. a.: die Gas-Pipeline Bejnen-Bozoj-Akbulak, die Modernisierung der Ölraffinerien, der Bau der Transitstrecke zwischen Westeuropa und Westchina.

- Konzentration auf die dringende Diversifizierung der Wirtschaft[7] und der neuen Zentren der Agrarindustrie[8] als vorrangige Basis für weiteres Wachstum,
- Operationalisierung der Zusammenarbeit mit der EU und ihren Mitgliedsstaaten, insbesondere mit Deutschland, v. a. durch das Staatsprogramm »Der Weg nach Europa« (2008) als kasachische Antwort auf die Zentralasienstrategie der EU, sowie durch deutsch-kasachische bilaterale Beziehungen[9] in allen Bereichen.
- Identifikation und Nutzung der Potenziale für einen nachhaltigen Tourismus, v. a. zur Nutzung des partiell brachliegenden Arbeitskräftepotenzials und Verbesserung der regionalen Lebensbedingungen, zur Überwindung der teilweise noch vorherrschenden Mentalität der Naturausbeutung sowie zur Entwicklung der Naturschutzarbeit.[10]

---

[7] Mit einer Bevölkerung von 15,9 Mio. und einer Fläche von 2,7 km^2 erwirtschaftet Kasachstan ein nominales BIP in Höhe von 89,5 Mrd. € (5.682 € pro Kopf) und verfügt über ausländische Direktinvestitionen in Höhe von 6,4 Mrd. €. Der Export 2008 ging im Vergleich zum Vorjahr um 1 % zurück (wichtigste Exporterzeugnisse sind Erdöl, Metalle und Chemikalien); der Rückgang des Imports beträgt 6 %. Der Nationale Plan 2009-2010 geht von einem Wirtschaftswachstum in Höhe von 1-3 % jährlich aus; die Inflation soll von aktuell rd. 18 % auf 7-9 % gesunken sein; die Arbeitslosigkeit soll stabil bei 8 % liegen.
Vgl.: www.gtai.de/fdb-SE,PUB200904088002,Google.html (29.04.2009)
Seit 2008 ist Kasachstan Mitglied der OSZE; ab 2010 wird es den Vorsitz einnehmen.

[8] Neben den immensen Energieressourcen gilt Kasachstan als ein weltweit mächtiger Agrarproduzent; in Zentralasien ist Kasachstan der größte Getreideproduzent und –exporteur. vgl. Onschanow (2008) S. 74

[9] Dazu gehören aktuell (neben den in den Länderstudien vorangegangener Zwischenberichte genannten Verträge, Programme und Vereinbarungen): die Initiative des Jahres Kasachstan in Deutschland (2009) und des Jahres Deutschland in Kasachstan (2010), das im Februar 2009 durch Vertreter beider Regierungen sowie das Wirtschaftsforum der Regierungs-Arbeitsgruppe »Handel und Investitionen« eröffnet wurde und mehr als 100 Veranstaltungen in Politik, Wirtschaft und Kultur beinhaltet (vgl. Onschanow, 2008, S. 73-75) / das gemeinsame Wirtschaftsforum in Berlin im Februar 2008, auf dem deutsche und kasachische Unternehme Verträge im Umfang von 200 Mio. € unterzeichneten (vgl. Sultanow, 2009, S. 76) / Unternehmerreisen nach Kasachstan im Auftrag des BMWi mit dem Fokus auf Industriezweige, die vom Rohstoffreichtum profitieren (Erdöl, Erdgas, petrochemische Industrie, Bergbau-Buntmetalle) sowie auf Maschinenbau und Metallverarbeitung (vgl. Länderinfo GUS, 2008, S. 11). Das beidseitige Ziel einer qualitativ und quantitativ ausgebauten wirtschaftlichen Zusammenarbeit als Wirtschafts- und Handelspartner baut auf guten Grundlagen auf. Das bilaterale Handelsvolumen in Höhe von 5,6 Mrd. € (2007) verzeichnet im Vergleich zum Vorjahr einen Zuwachs in Höhe von 17,6 %. Rd. 90 % des deutschen Handelsumsatzes mit der gesamten zentralasiatischen Region entfallen auf Kasachstan. vgl. Onschanow (2008) S. 74

[10] Vgl. Schreiber (2008) S. 69-73
Tourismus ist als einer der Wirtschaftszweige ausgewiesen, deren Entwicklung per staatlichem Dekret Priorität genießt; die Zahl der ausländischen Touristen aber stagniert seit Jahren. Weltweit werden rd. 10 % des BIP in der Reisebranche erwirtschaftet. Perspektivreich sind v. a. alpiner Skiurlaub infolge des Klimawandels (z. B. nördlich von Astana in der „kasachischen Schweiz“ von Borowoje) sowie der naturnahe umweltschonende Tourismus. Letzterer bedient am besten das Alleinstellungsmerkmal des Reichtums/der Schönheit von Natur und Menschen, überwindet die Haltung zur Naturausbeutung (überweidete und erodierte Landschaften, illegale Abholzung, unkontrollierte Trophäenjagd durch Abschusslizenzen, motorisierte Städter am Wochenende in landschaftlich wertvollen Gegenden) und schafft reale Alternativen zum „echten“ Tourismus (der in erster Linie von der Kaufkraftentwicklung in den Herkunftsländern der Touristen und vom Wachsen der touristischen Infrastruktur abhängen und solche Großprojekte bedienen wird, wie z. B. die Kenderly-Bucht am Kaspischen Meer als Badeparadies, das „Kas Vegas“ am Stausee von Kapschagai nördlich von Almaty, das Urlauberparadies in der „Kasachischen Schweiz“) sowie für die Erwirtschaftung eines legalen und ausreichenden Einkommens für die einheimische Bevölkerung besonders in strukturschwachen Regionen. Diese Ziele versucht die Organisation IRZÖ zu erreichen, indem sie ein wachsendes Netz von bislang 80 ländlichen Gasthäusern (community based accomodations) errichtet, vermarktet und betreut, z. B. in dem 2008 von der UNESCO zum Weltnaturerbe erklärten zentralasiatischen Gebiet um Korgalschyn, wo ein strenges Rotationsprinzip die Verteilung der touristischen Ressourcen unter Berücksichtigung der Bedürftigkeit regelt.

„Dieser kleinteilige lebensnahe Tourismus mit seiner angestrebten Nachhaltigkeit liegt in dem von der Welttourismusorganisation (UNWTO) prognostiziertem Trend des ökologisch und sozial verantwortungsbewussten Reisens – und kann den kasachischen Menschen mehr Nutzen bringen als die geplanten gigantischen Projekte. Er verdient staatliche Förderung.“[11]

Ein bedeutender Schwerpunkt zukünftiger Entwicklung wird der Auf- und Ausbau der Energiewirtschaft, einschließlich der Erhöhung der Energieeffizienz und der Nutzung Erneuerbarer Energien (EE), in Kasachstan sein.[12] Ihr gegenwärtiger Zustand gefährdet das anhaltende aber im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise abflachende Wirtschaftswachstum v. a. durch:[13]

- eine Energieintensität der Wirtschaft, die im Vergleich zu westlichen Industrieländern drei- bis viermal höher liegt und gemäß der »Konzeption für den Übergang Kasachstans zu einer nachhaltigen Entwicklung im Zeitraum 2007 - 2014« der Regierung bis zum Jahr 2015 um zwei Drittel gesenkt werden soll,
- überaltete Erzeugungs- und Verteilungsanlagen mit einem durchschnittlichen Verschließgrad in Höhe von 70 % und zahlreichen technologischen Störungen,
- hohe Verluste in Erzeugung, Verteilung und Verbrauch (allein die Netzverluste werden mit ein Drittel des Stromaufkommens angegeben),
- ein wachsendes Versorgungsdefizit, weil z. B. die Stromerzeugung im Durchschnitt jährlich um 4,5 % der Verbrauch aber um 5,5 % wächst,
- einen Anteil EE an der Stromerzeugung in Höhe von nur 0,02 % (2008), der gemäß o. a. Konzeption bis zum Jahr 2024 auf 5 % steigen soll,
- hohe Emission von Luftschadstoffen durch den Hauptenergieträger Kohle (70 % der Stromerzeugung) und fehlende bzw. unzureichende Reinigungsanlagen, so dass 44 % aller in Zentralasien registrierten Luftschadstoffe auf Kasachstan entfallen.

Den größten Zulauf 2008 hatten die Gästehäuser in Kaskasu und den Nachbardörfern im äußersten Süden Kasachstans. vgl. www.eu-asien.de/Kasachstan-Informationen/Touristeninformationen/Oekotourismus-Kasachstan.html (30.04.2009)

[11] Schreiber (2008) S. 73

[12] „Selbst wenn angesichts der auf die Realwirtschaft durchschlagenden Finanzmarktkrise im Herbst 2008 der Preisanstieg für Rohstoffe in der nächsten Zeit gebremst bleiben wird, verfügen die rohstoffreichen Länder Zentralasiens noch immer über gesicherte Einkünfte aus ihren Rohstoffexporten, und sie verspüren gleichermaßen den Druck, die Energieeffizienz ihrer Anlagen zu erhöhen.“ Kirsch (2008) S. 4

[13] Vgl. im Folgenden: Energiewirtschaft Zentralasiens (2008) S. 1-31

Die Überwindung dieser Probleme und die prognostizierte Ausweitung der kasachischen Stromproduktion bis zum Jahr 2020 um bis zu 70 % im Vergleich zu 2000 bietet gute Markt-, Kooperations- und Absatzchancen gerade für deutsche Unternehmen.[14] Bei einem geschätzten Investitionsbedarf für das immense Modernisierungs- und Ausbauprogramm der Regierung Kasachstans in diesem Bereich im Zeitraum von 2007 bis 2015 werden verstärkt Public-Private-Partnership-Modelle (PPP) zur Anwendung kommen, insbesondere Betreiber-modelle[15] z. B. beim Bau von Kraftwerken. Dafür bestehen gute Voraussetzungen infolge eines seit 1996/97 geöffneten Elektrizitätsmarktes und der Privatisierung der Mehrzahl der Stromerzeuger und -netze. Das damit allerdings verbundene immense Finanzierungsproblem[16]
soll ab 2009 vorzugsweise durch Mittel aus dem Staatshaushalt gelöst werden. Insgesamt sind dafür 1,2 Mrd. USD vorgesehen. Derzeit wird der Aufbau einer Energieagentur vorbereitet; das Gesetz über die Förderung der Nutzung EE, der auch ein Zertifikatesystem[17] vorsieht, befindet sich in der Abschlussphase und wird entsprechende Investitionen anregen (bis 2014/15 sind im Gesetz dafür rd. 3 Mrd. € veranschlagt).

Ukraine

Anfang Dezember 2008 ist das BIP der Ukraine[18] um 19 % zurückgegangen (August 2008 um 10 %).[19] Zu den dramatischen Einbrüche gehören nach wie vor die bei den wichtigsten Exportprodukten Stahl (um 45 %), Dünger (um 10 %) sowie Maschinen und Ausrüstungen (um 10 %).Insgesamt werden der Rückgang der Industrie in Höhe von 28,6 % im Dezember

[14] „Die wachstumsstarken und rohstoffreichen Staaten Zentralasiens stehen zunehmend im Fokus der deutschen Wirtschaft. Daran wird in der Perspektive auch die weltweite Finanzmarktkrise nur wenig ändern, wenngleich sich die Projektfinanzierung in der Region zukünftig schwieriger gestalten dürfte.“ Herx (2008) S. 5
[15] Bei einem Betreibermodell agieren private Unternehmen auf Basis einer erteilten Konzession (Betreiber- oder Konzessionsvertrag mit einer Kommune, die sich die nötigen Kontroll- und Zugriffsrechte sichert) und tragen das wirtschaftliche Risiko. Die Finanzierung erfolgt durch Eigenkapital und langfristige Bankdarlehen. Der private Betreiber erbringt seine Leistung (für die er i. d. R. Gebühren einnimmt) entweder im Namen und auf Rechnung der Kommune (Gemeinde oder Landkreis) oder auf Basis der Konzession im eigenen Namen.
[16] Da viele private Betreiber aufgrund von Finanzierungsproblemen ihre Investitionszusagen nicht eingehalten haben, befinden sich zahlreiche Anlagen wieder in staatlichem oder kommunalem Besitz.
[17] Erzeuger sind dann verpflichtet, einen Teil ihres Stroms aus EE zu produzieren oder andernfalls Zertifikate von einem Unternehmen zu kaufen, das EE nutzt.
[18] Bei 46,6 Mio. Einwohnern und 604 Tsd. km^2 Fläche erwirtschaftet die Ukraine ein nominales BIP in Höhe von 118 Mrd. € (2.500 € pro Kopf). Die ausländischen Direktinvestitionen bewegen sich bei einem Anteil in Höhe von 5,7 % am BIP; der Anteil des Privatsektors am BIP beträgt rd. 65 %.
vgl.: www.gtai.de/DE/Content/__SharedDocs/Anlagen/PDF/CDM/cdm-markt-ukraine,property=publicationFile.pdf (28.04.2009)
[19] Vgl. im Folgenden: Schmerzhafte Anpassung (2009) S. 24

2008 im Vergleich zum Vorjahr[20] und eine Inflationsrate ebenfalls im Dezember 2008 in Höhe von 22,3 % auf Jahresbasis sowie die Abwertung der Hrywnja (UAH) um 60 % als außerordentlich große Risiken bewertet. Zwar ermöglicht die UAH-Abwertung eine Senkung der Importe[21] und damit eine Finanzierbarkeit des Leistungsbilanzdefizits, andererseits bedeutet sie einen nicht zu unterschätzenden Risikofaktor für den Finanzsektor, da über die Hälfte der öffentlichen und privaten Schulden devisengebunden sind.[22] Infolge des auch dadurch entstandenen und anhaltenden Kapitalabflusses und Kursverlustes[23] bleibt der Druck auf die Währung wegen anhaltend hoher Nachfrage nach Devisen durch Haushalte, Banken und Unternehmen nach wie vor hoch. Um insbesondere die Inflationsbekämpfung voran zu bringen hat der IWF in seinem Stand-by-Programm mit der Ukraine die Regierung verpflichtet,[24] die Inflationsrate auf 17 % zu senken. Für das laufende Jahr 2009 wird mit einem gebremsten Rückgang des BIP in Höhe von 5,8 % gerechnet. Zu der krisenbedingt sinkenden Nachfrage, einschließlich der Exporte, kommen Finanzprobleme aufgrund restriktiver Kreditvergabe sowie eine merkliche Erhöhung der Importzölle. Aufgrund dieser Entwicklungen ist die im 3. Quartal 2008 bestehende Arbeitslosigkeit in Höhe von 6,4 % im Februar 2009 um ein Drittel gestiegen und verschärft die Krise ebenso wie die chronische politische Instabilität[25] und der Mangel an Konsens über notwendige Reformen[26] v. a. darüber, wie folgende negative Indikationen vermindert/beseitigt werden können:

- nur allmähliche Umstrukturierung des produzierenden Gewerbes,
- keine ausreichende Diversifizierung und einseitige Konzentration der Ausfuhren auf Metalle,
- anhaltend hohe Abhängigkeit gegenüber der Preisentwicklung bei (Export) Stahl und (Import) Gas,
- anhaltend zu hohe Energieintensität der Wirtschaft.

[20] Am stärksten betraf der Umsatzeinbruch mit mehr als 57 % in den Anfangsmonaten 2009 den Bausektor.
[21] Im Januar 2009 brachen allein die deutschen Exporte auf Dollarbasis um 45 % ein. Faktisch ist der Import (v. a. auch) deutscher Pkw nach der Abwertung der UAH, der Importzollerhöhung und des Zusammenbruchs des Marktes für Finanzierungen zum Erliegen gekommen.
[22] geschätzter privater Schuldendienst = 29 Mrd. USD; geschätzter öffentlicher Schuldendienst = 46,5 Mrd. USD
[23] 8 UAH = 1 USD (= 01/2009) – 4,6 UAH = 1 USD (07/2008)
[24] In diesem Rahmen veranlasste der IWF aufgrund des Einbruchs der Industrieproduktion um rd. 29 % im November 2008 einen 16,4 Mrd. USD-Kredit an die Ukraine.
[25] Die oft als chaotisch charakterisierte innenpolitische Situation erklärt sich v. a. aus dem Machtkampf zwischen den Gewalten, d. h. der Legislative und der Exekutive und der Judikative, sowie aus der Rivalität zwischen dem Präsidenten Juschtschenko und der Premierministerin Timoschenko. Die Kontroversen betreffen das Privatisierungsprogramm, die Inflationsbekämpfung, die Haushaltsdiskussion, den NATO-Beitritt, den Georgien-Konflikt und den Russland-Kurs. Stabile politische Verhältnisse sind vorerst nicht in Sicht.
Vgl. hierzu: Lissowy (2008) S. 13-16 und Durkot (2008) S. 16-19
[26] Vgl. im Folgenden: Bröckelmann (2009) S. 42

Insbesondere der letzte Punkt zeigt im Kontext des Projektes und in Analogie zu den diesbezüglichen deutsch-russischen Entwicklungen[27] potenzielle Entwicklungsfortschritte.[28] Maßnahmen zur Energieeinsparung, Erhöhung der Energieeffizienz und zum Einsatz Erneuerbarer Energien (EE) helfen, die Finanz- und Wirtschaftskrise zu überwinden und die wirtschaftliche Entwicklung nach der Krisenzeit zu beschleunigen, indem innovative energieeffiziente Technologien Arbeitsplätze schaffen und den Produktwettbewerb stärken.

Die nachfolgende Herausstellung sich positiv entwickelnder Produktions- und Marktsegmente verweist potenziell auf einen Branchenbezug der Umweltbildung und Umweltberatung auch im Kontext dieses Projekts:

- Ungeachtet des Konjunkturrückgangs in der Baubranche seit Anfang des II. Quartals 2009 kann der Markt für Baumaterialien als nach wie vor interessant bewertet werden. Ein beachtliches Expansionspotenzial im Hinblick auf Bauen, Sanieren und Gebäudemanagement entsteht dadurch, dass immer mehr Gebäude in Schnell- und Leichtbauweise im Wohn- und Gewerbebau errichtet werden und ein zunehmender Bedarf an Dach-, Fassaden- und Giebelwandverkleidungen besteht.[29] Insgesamt bleibt der immense Nachhol- und Investitionsbedarf des Landes in der Bauwirtschaft[30] auch deshalb bestehen, weil bei allmählicher Erholung der Binnennachfrage die Ersparnisse der Bevölkerung eher in Häuser als in Luxuswaren fließen werden. Durch den Rückgang der Mieten im Gewerbebereich um die Hälfte ergeben sich krisenbedingt auch Einstiegsmöglichkeiten für Unternehmen bzw. strategische Investoren.
- Die starke und stetige Zunahme der Absatz- und Umsatzvolumina bei vorzugsweise Polyethylen (PE)-Rohren für die Gasversorgung, Wasserver- und Abwasserentsorgung führte dazu, dass diesbezüglich mittlerweile große Produktionskapazitäten geschaffen worden sind. Diese Zunahme von Produktions- und Inlandsverbrauch trotz

[27] Um Russland bei seinem Ziel zu unterstützen, die Energieintensität des BIP bis zum Jahr 2020 (2007) um mindestens 40 % zu reduzieren, wurde innerhalb der »Arbeitsgruppe für strategische Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft und Finanzen« (2007) die Untergruppe »Energieeffizienz« eingerichtet. Sie agiert im Kontext des aufzustellenden staatlichen Energiesparprogramms, das v. a. energieeffiziente innovative Typenprojekte in den Bereichen industrielle Produktion sowie Wohnungs- und Kommunalwirtschaft fokussiert. Dem fühlt sich die im Februar 2009 gegründete Russisch-Deutsche Energieagentur (RUDEA) verpflichtet. Umweltmessen und Kooperationsveranstaltungen könnten wie im Falle der rumänisch-deutschen Partnerschaft im Rahmen des Programms »Kooperationsförderung technischer Dienstleister und innovativer Unternehmer 2008« des BMWi Investitionen und Modernisierungsvorhaben im Umweltbereich fördern.
[28] Vgl. im Folgenden: Ein zeitgemäßer Schritt (2009) S. 14-16
[29] Vgl. Branchen und Märkte Nr. 42 (2008) S. 10
[30] Vgl. im Folgenden: Immighofen (2009) S. 26 f.

Abschwächung der Baukonjunktur führen Marktbeobachter v. a. auf die Rekonstruktion alter und die Verlegung neuer Leitungen im Zuge des Auf- und Ausbaus der Infrastruktur zurück.[31]

- Nach wie vor können sich trotz Krise die Landwirtschaft und die Agrochemie wirtschaftlich gut behaupten. Auch das Exportpotenzial der Agrarwirtschaft und der Nahrungsmittelerzeugung gilt als noch nicht ausreichend identifiziert und genutzt. Das betrifft im Übrigen auch das touristische Potenzial der Ukraine.
- Die besten Chancen im Kontext des Projekts und deutsch-ukrainischer Handelsbeziehungen und Kooperationen bestehen wie o. a. insbesondere im Energiebereich (Energieerzeugung, -transport und -effizienz).[32] Darin eingeschlossen sind solche Schnittstellen zu anderen Wirtschaftsbereichen, wie z. B. der Bauwirtschaft in Form einer steigenden Nachrage nach Energiesparglas.[33]
- Im Kontext der Energiewirtschaft, einschließlich Energieversorgungssicherheit und Erhöhung der Energieeffizienz sowie der Modernisierung von Anlagen und Ausrüstungen aller Bereiche der Wirtschaft, könnte die Ukraine als „Kyoto-Boom Land“[34] ein wichtiger Anbieter von Emissionsrechten werden und im Falle von JI-Projekten Investitionen mobilisieren.[35] Das diesbezügliche Potenzial für umfassende Minderungsmöglichkeiten liegt v. a. in der Energiewirtschaft, wo rd. 50 % der nationalen GHG-Emissionen verursacht werden; allein aus der Eisen- und Stahlindustrie resultieren 18,3 % dieser Emissionen. Darüber hinaus bestehen andere große Projektpotenziale[36] in Form der:
    - Reduzierung der Methangas-Emissionen in den Kohlegruben,
    - Beseitigung der Leckstellen im Erdgasverteilungsnetz,
    - Nutzung der Abwärme von Kompressorstationen im Erdgasleitungssystem,
    - Deponiegas- und Biogasnutzung.

[31] Vgl. Branchen und Märkte Nr. 53 (2008) S. 9
[32] Vgl. Kumm (2009) S. 28 f.
[33] Die Energieverteuerung bedingt eine Angleichung der Anforderungen an Wärmeisoliereigenschaften von Fassaden und Dächern nach westlichem Standard, die eine Senkung der laufenden Betriebskosten der Gebäude ermöglichen. vgl. Länderinfo GUS (2008) S. 8
[34] Die Ukraine hat am 04.02.2004 das Kyoto-Protokoll ratifiziert. Anfang 2007 wurde die »Nationale Agentur für ökologische Investitionen« gegründet, die bei Prüf- und Auswahlverfahren mitwirkt. Sie untersteht dem Umweltministerium, das auch die Beteiligung am Emissionshandel koordiniert. Im Oktober 2008 wurde das nationale Emissionsregister mit dem internationalen Register ITL verbunden und ein 250.000 Emissionsrechte im Rahmen von JI für das Zasyadko-Projekt in das japanische Register transferiert. vgl. Cosack (2009) S. 36 f.
[35] Vgl. im Folgenden: Cosack (2009) S. 36 f.
Mitte 2007 meldete das ukrainische Umweltministerium bislang 60 realisierte JI-Projekte, aus denen im Zeitraum 2008-2012 Emissionseinsparungen in Höhe von rd. 80 Mio. t CO_2 erwartet werden.
[36] Im »JI-County-Ranking« des Informationsdienstleisters »Point Carbon« vom Januar 2009 belegt die Ukraine den 1. Platz und belegt somit gute Chancen für deutsche Unternehmen, d. h. Lieferanten von Maschinen, Anlagen und sonstigen Produkten mit Kyoto-Relevanz.

Insgesamt verfügt das Land über einen Überschuss an Emissionsrechten in Höhe von rd. 2 Mrd. t CO_2 e bis zum Jahr 2012, wenngleich die Regierung nur etwa die Hälfte davon verkaufen und die andere Hälfte für JI nach 2012 einsetzen will.[37]

Über den o. a. umweltorientierten Branchenbezug des Projekts und seiner Ergebnisse hinaus, bestätigen auch der Stand und die Perspektive der deutsch-ukrainischen Zusammenarbeit beim Klima- und Umweltschutz die Aktualität und Brisanz des Projektthemas. Dabei geht es im Wesentlichen um folgende, auch im Rahmen der Umweltbildung und Umweltberatung zu fokussierende Aspekte:[38]

- Pilotprojekte, Beratung und Transfer von Know how beim Ausbau der Zusammenarbeit, v. a. im Bereich des zunehmend an Bedeutung gewinnenden Ressourcenschutzes, wo der sparsame Umgang mit Energie zu einer vorrangigen Aufgabe geworden ist:
    - BMU-Förderung[39] von Projekten zur Steigerung von Energieeffizienz und Energieeinsparung, vorzugsweise in KMU und Privathaushalten,
    - Vorhaben zum Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV),
    - Pilotvorhaben im Gebäudebereich als Impulse für nachhaltige stadtplanerische Konzepte, die Einrichtung effizienter Wärme- und Stromversorgung und den Einsatz von Technologien für Energieeffizienz und Erneuerbare Energien (EE) in Gebäuden.
- Einsatz von Finanzierungsinstrumenten des Kyoto-Protokolls, insbesondere des Mechanismus' Joint Implementation (JI), für die Zusammenarbeit beim Klimaschutz, um dadurch z. B. den Transfer moderner Energietechnologien aus Deutschland in die Ukraine zu finanzieren.
- Verstärkung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Naturschutzes, insbesondere beim Aufbau von Naturschutzgebieten und Nationalparken.[40]

---

[37] Damit ist die Ukraine das erste Land, das für die Zeit nach dem Auslaufen des Kyoto-Protokolls offiziell Emissionsminderungen im Rahmen des JI anerkennen wird.

[38] Vgl. im Folgenden: BMU Pressedienst Nr. 184/09 Umwelt-Ukraine (2009)
Die Quelle bezieht sich auf Verständigungen im Rahmen von Beratungen der gemeinsamen Umweltkommission beider Länder Im Juni2009 in Kiew (Parlamentarischer Staatssekretär im BMU Michael Müller und der ukrainische Vize-Umweltminister Stepan Lysun) zum Ausbau der Zusammenarbeit im Umweltbereich.

[39] Für die hier angeführten Vorhaben stellt das BMU insgesamt 6 Mio. € für die nächsten 3 Jahre bereit. Darüber hinaus werden mit einem Kreditprogramm in Höhe von 1,5 Mio. € Investitionen in KMU und in private Haushalte gefördert. Den vorläufigen Abschluss fanden diese Beratungen durch das Treffen von Umweltminister Gabriel und dem ukrainischen Umweltminister Filiptschuk im Juli 2009, das insbesondere als Auftakt von Klimaschutzprojekten genutzt wurde. Vgl. BMU Pressedient Nr. 230/09 International-Osteuropa (2009)

[40] Zum Erfahrungstransfer und zur Unterstützung wurde die Einrichtung einer entsprechenden Arbeitsgruppe vereinbart. Damit soll ein wesentlicher Beitrag zum Schutz der Artenvielfalt in der Ukraine geleistet werden.

- Unterstützung der Ukraine bei der Annäherung an die Umweltstandards der EU unabhängig von der Eröffnung einer Beitrittsperspektive, insbesondere durch die Nutzung der bewährten »Twinning«-Projekte zur Rechtsangleichung und dem Aufbau der dazu notwendigen Institutionen.

Polen

Die Wirtschaftsdaten Polens fallen im Vergleich mit dem Durchschnitt der Länder Zentral- und Osteuropas wesentlich besser aus und verweisen darauf, dass die Krisenerscheinungen im Wesentlichen durch die gegenwärtige Schwäche des polnischen Zlotys gegenüber dem USD entstanden sind.[41] Obwohl im Verlaufe der Finanzkrise die Refinanzierungskosten der polnischen Banken gestiegen sind, sind grundsätzlich alle Finanzierungsinstrumente verfügbar. Im Hinblick auf Projekte v. a. im Infrastruktur-, Industrie- und Umweltbereich werden sie im Zeitraum 2007 – 2013 voraussichtlich durch insgesamt 67 Mrd. € EU-Mittel ko-finanziert bzw. gefördert werden. Das Deutsch-Polnische Wirtschaftsforum »Deutsch-Polnische Zusammenarbeit stärken – Chancen in der Krise« unterstrich im Februar 2009 in Hamburg in diesem Kontext die Bedeutung des strategischen Ausbaus der Zusammenarbeit mit Deutschland.

Schwerpunkte wirtschaftlicher Entwicklung zeigen sich v. a. in folgenden ausgewählten Bereichen:

- Ein herauszustellender Bereich positiver Entwicklung, Marktbeziehung und Kooperation weltweit ist nach wie vor der polnische Baumarkt, dem in allen Segmenten trotz 1,5 Mio. Erwerbsloser und hohem Facharbeitermangel in dieser vorzugsweise klein- und mittelständisch strukturierten Branche gute Wachstumsprognosen und Indikatoren (Baukosten, Rentabilität, Investitionsrisiko)[42] bescheinigt werden.[43] Nach wie vor kann z. B. auch das Angebot an neuen Wohnungen nicht den Bedarf decken; dazu fehlen nahezu 2 Mio. Wohnungs-einheiten.[44]

[41] Vgl. im Folgenden: Wirtschaftssymposium Polen – Gemeinschaftlich Handeln (2009) S. 82 f.
[42] an 9. Stelle hinter China und Indien
[43] Vgl. im Folgenden: Polen – bester Standort Europas für Investitionen und Immobilien (2008) S. 8
[44] Vgl.: In Polen fehlen weiterhin Wohnungen (2008) S. 8

- Die o. a. Entwicklung impliziert als klassischen Förderbereich der EU insbesondere Infrastrukturmaßnahmen und -investitionen, und hier in den kommenden Jahren insbesondere in den Bereichen Kanalisation und Kläranlagen.
- Ein weiterer Bereich des Ausbaus und der Förderung ist der Bau von Autobahnen und Schnellstraßen in Polen im Rahmen einer energie- und klimabewussten Gestaltung und Nutzung der Verkehrsinfrastruktur.[45]

Dr. Liane Möller
Zittau, August 2009

Diese Studie wurde erstellt im Rahmen des Beratungshilfeprojektes „Der Aufbau umweltorientierter Bildungs- und Beratungskompetenzen - am Beispiel einer deutsch-polnischen-ukrainischen-kasachischen Kooperation“ durch das Internationale Hochschulinstitut Zittau, Professur für ABWL, insbesondere Controlling und Umweltmanagement, Markt 23, 02763 Zittau, Kontakt: brauweiler@ihi-zittau.de.

Das Projekt wurde vom Bundesumweltministerium mit Mitteln des Beratungshilfeprogramms für den Umweltschutz in den Staaten Mittel- und Osteuropas, des Kaukasus und Zentralasiens gefördert und vom Umweltbundesamt fachlich begleitet (Projektnummer FKZ 380 01 156). Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autorinnen und Autoren.

[45] Vgl. Repetzki (2008) S. 1

Abkürzungsverzeichnis

bfai	Bundesagentur für Außenwirtschaft
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
CO_2e	Kohlendioxid - Äquivalent
d. h.	das heißt
€	Euro
EE	Erneuerbare Energien
EU	Europäische Union
e. V.	eingetragener Verein
GHG	Green House Gases
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GUS	Gemeinschaft unabhängiger Staaten
i. d. R.	in der Regel
IWF	Internationaler Währungsfonds
IRZÖ	Informations- und Reisezentrum Ökotourismus, Almaty
ITL	International Transaction Log
Jg.	Jahrgang
JI	Joint Implementation
KMU	Klein- und mittelständische Unternehmen
Mio.	Million
Mrd.	Milliarde
o. a.	oben angeführt
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PE	Polyethylen
Pkw	Personenkraftwagen
PPP	Public Private Partnership
rd.	rund
RUDEA	Russisch-Deutsche Energieagentur
t	Tonne
USD	US-Dollar

v. a.	vor allem
UAH	Hrywnja (ukrainische Landeswährung)
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
UNWTO	United Nations World Tourism Organization
z. B.	zum Beispiel
ZVEI	Zentralverband Elektrotechnik- und Elektroindustrie e. V.

Literaturverzeichnis

BMU Pressedienst Nr. 116/09: Erneuerbare Energien/ Statistik. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Berlin. www.bmu.de/presse und http://twitter.com/BMU_Presse (24.04.2009)

BMU Pressedienst Nr. 184/09: Umwelt-Ukraine. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Berlin. www.bmu.de/presse und http://twitter.com/BMU_Presse (10.06.2009)

BMU Pressedient Nr. 230/09: International-Osteuropa. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Berlin. www.bmu.de/presse und http://twitter.com/BMU_Presse (08.07.2009)

Branchen und Märkte Nr. 42 (2008): Ukraine. In: Dow Jones Ostwirtschaftsreport v. 23.09.2008 Nr. 42. Dow Jones News GmbH, Frankfurt a. Main. S. 10

Branchen und Märkte Nr. 53 (2008): Ukraine. In: Dow Jones Ostwirtschaftsreport (Branchen und Märkte) v. 30.12.2008 Nr. 53. Dow Jones News GmbH, Frankfurt a. Main. S. 9

Bröckelmann, D. (2009): Düstere Aussichten. In: OST – WEST CONTACT. Das Wirtschaftsmagazin für Ost – West – Kooperation. Heft 4, 55. Jg., H 30859 F . OWC Verlag für Außenwirtschaft GmbH, Münster. S. 42

Cosack, Ch. (2009): Von Emissionen zu Investitionen. In: OST – WEST CONTACT. Das Wirtschaftsmagazin für Ost – West – Kooperation. Heft 4, 55. Jg., H 30859 F . OWC Verlag für Außenwirtschaft GmbH, Münster. S. 36 f.

Durkot, J. (2008): Rien ne va plus – nichts geht mehr in der Ukraine. In: WOSTOK Nr. 4 – Winter 2008. Informationen aus dem Osten für den Westen. Wostok Verlag Berlin. S. 16-19

Energiewirtschaft Zentralasiens (2008): Elektrische Energieerzeugung, -übertragung und -verteilung in den zentralasiatischen GUS-Republiken und Aserbaidschan. Branchenstudien. Einführungen und »Kasachstan«. Verfasser: Dr. Jens Uwe Strohbach. Hrsg.: Bundesagentur für Außenwirtschaft (bfai) Köln und ZVEI (Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie e. V.) Frankfurt am Main, S. 1-31

Herx, G. (2008): Elektrische Energieerzeugung, -übertragung und -verteilung in den zentralasiatischen GUS-Republiken und Aserbaidschan. Branchenstudien. Einführungen und »Kasachstan«. Verfasser: Dr. Jens Uwe Strohbach. Hrsg.: Bundesagentur für Außenwirtschaft (bfai) Köln und ZVEI (Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie e. V.) Frankfurt am Main, Vorwort S. 5

Immighofen, Ch. (2009): Sorgenkind Nummer eins. In: OST – WEST CONTACT. Das Wirtschaftsmagazin für Ost – West – Kooperation. Heft 4, 55. Jg., H 30859 F . OWC Verlag für Außenwirtschaft GmbH, Münster. S. 26 f.

In Polen fehlen weiterhin Wohnungen (2008). In: Dow Jones Ostwirtschaftsreport (Branchen und Märkte) v. 25.11.2008 Nr. 48. Dow Jones News GmbH, Frankfurt a. Main. S. 8

Kirsch, J. (2008): Elektrische Energieerzeugung, -übertragung und -verteilung in den zentralasiatischen GUS-Republiken und Aserbaidschan. Branchenstudien. Einführungen und »Kasachstan«. Verfasser: Dr. Jens Uwe Strohbach. Hrsg.: Bundesagentur für Außenwirtschaft (bfai) Köln und ZVEI (Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie e. V.) Frankfurt am Main, Vorwort S. 4

Kumm, U. (2009): Strategischer Ausblick entscheidend. In: OST – WEST CONTACT. Das Wirtschaftsmagazin für Ost – West – Kooperation. Heft 4, 55. Jg., H 30859 F . OWC Verlag für Außenwirtschaft GmbH, Münster. S. 28 f.

Länderinfo GUS (2008): Politische Instabilität schadet der Wirtschaft. In: Dow Jones Ostwirtschaftsreport (Länderinfo GUS) v. 07.10.2008 Nr. 41. Dow Jones News GmbH, Frankfurt a. Main. S. 8, 11

Lissowy, J. (2008): Ukraine – neue (Mehrheits-)Koalition statt Neuwahlen. In: WOSTOK Nr. 4 – Winter 2008. Informationen aus dem Osten für den Westen. Wostok Verlag Berlin. S. 13-16

Oschanow, N. (2008): 2009 ist das Jahr Kasachstans in Deutschland. Gespräch mit dem Botschafter Kasachstans Nurtan Onschanow. In: WOSTOK Nr. 4 – Winter 2008. Informationen aus dem Osten für den Westen. Wostok Verlag Berlin. S. 73-75

Polen – bester Standort Europas für Investitionen und Immobilien. In: Dow Jones Ostwirtschaftsreport (Branchen und Märkte) v. 30.12.2008 Nr. 53. Dow Jones News GmbH, Frankfurt a. Main. S. 8

Repetzki, B. (2008): Straßen und Autobahnen in Polen. In: Dow Jones Ostwirtschaftsreport v. 23.09.2008 Nr. 39. Dow Jones News GmbH, Frankfurt a. Main. S. 1

Schmerzhafte Anpassung (2009): Globale Krise trifft die Ukraine am härtesten / Währung bleibt unter Druck. In: OST – WEST CONTACT. Das Wirtschaftsmagazin für Ost – West – Kooperation. Heft 4, 55. Jg., H 30859 F . OWC Verlag für Außenwirtschaft GmbH, Münster. S. 24

Schreiber, D. (2008): Nachhaltiger Tourismus in Kasachstan – aller Anfang ist schwer. In: WOSTOK Nr. 4 – Winter 2008. Informationen aus dem Osten für den Westen. Wostok Verlag Berlin. S. 69-73

Staatsfonds als Sicherheitsnetz (2009). In: OST – WEST CONTACT. Das Wirtschaftsmagazin für Ost – West – Kooperation. Heft 4, 55. Jg., H 30859 F . OWC Verlag für Außenwirtschaft GmbH, Münster. S. 74

Sultanow, B. (2009): Singapur als Vorbild. In: OST – WEST CONTACT. Das Wirtschaftsmagazin für Ost – West – Kooperation. Heft 4, 55. Jg., H 30859 F . OWC Verlag für Außenwirtschaft GmbH, Münster. S. 76-78

Wirtschaftssymposium Polen – Gemeinschaftlich Handeln (2009). In: OST – WEST CONTACT. Das Wirtschaftsmagazin für Ost – West – Kooperation. Heft 4, 55. Jg., H 30859 F . OWC Verlag für Außenwirtschaft GmbH, Münster. S. 82 f.

Internetquellen

www.bmu.de/presse und http://twitter.com/BMU_Presse (10.06.2009)

www.eu-asien.de/Kasachstan-Informationen/Touristeninformationen/Oekotourismus-Kasachstan.html (30.04.2009)

www.gtai.de/fdb-SE,PUB200904088002,Google.html (29.04.2009)

www.gtai.de/DE/Content/__SharedDocs/Anlagen/PDF/CDM/cdm-markt-ukraine,property=publicationFile.pdf (28.04.2009)